

Antrag

Hannover, den 16.02.2022

Fraktion der FDP

Unterrichtsversorgung verbessern - ausreichend Lehrkräfte ausbilden

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Mit 97,4 % ist die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen im Schuljahr 2021/2022 so schlecht wie zuletzt im Schuljahr 2002/2003. Die im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2017 vereinbarte flächendeckende Verbesserung der Unterrichtsversorgung ist ausgeblieben, und von den angestrebten mehr als 100 % im Landesdurchschnitt der allgemeinbildenden Schulen ist die Koalition aus SPD und CDU so weit entfernt wie zuletzt Sigmar Gabriel und Renate Jürgens-Pieper. Die zu Beginn der Legislaturperiode vorgenommene Bedarfsanalyse mit dem Ergebnis, dass in Niedersachsen ausreichend Lehrkräfte ausgebildet würden, wurde von der Realität eingeholt. Eine bedarfsgerechte Ausbildung von Lehrkräften findet in Niedersachsen nicht statt. Hinzu kommt, dass zum Schuljahr 2021/2022 rund 200 Lehrkräfte weniger im Land Niedersachsen ihre Tätigkeit aufgenommen haben, als junge Lehrkräfte den Vorbereitungsdienst in Niedersachsen beendet haben. Es muss also festgestellt werden, dass die jungen Lehrkräfte nicht in Niedersachsen Lehrerin oder Lehrer werden wollten.

Es fehlt folglich an einer realitätsgetreuen Bedarfsanalyse des Lehrkräftebedarfs für die kommenden Jahre, an ausreichend Ausbildungskapazitäten und an der Lukrativität der Arbeitsbedingungen in Niedersachsen.

Insbesondere der Mangel an den Haupt-, Real-, Ober- und Förderschulen macht sich für die Schülerinnen und Schüler dieser Schulen negativ bemerkbar und sorgt für einen hohen planmäßigen Unterrichtsausfall. Damit raubt die Landesregierung diesen jungen Menschen Bildungs- und Zukunftschancen.

Der weitere Ausbau des Ganztags in den Schulen, insbesondere den Grundschulen, der Bedarf an einer Verkleinerung der Klassen, die Notwendigkeit der Entlastung der Lehrkräfte, die notwendige Wiedereinführung der vollen Altersermäßigung, die Entlastung der Schulleitungen und weitere Maßnahmen werden zu einem hohen Lehrkräftebedarf auch in den kommenden Jahren führen. Niedersachsen muss daher endlich die Weichen dafür stellen, den Schülerinnen und Schülern eine Unterrichtsgarantie geben zu können.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. das Einstiegsgehalt für alle grundständig ausgebildeten Lehrkräfte auf mindestens A 13 anzuheben,
2. eine realitätsgetreue Bedarfsanalyse durchzuführen, die unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schülerzahlen, des Pensionseintrittsalters der Lehrkräfte, der Lehrbefähigung und Lehrfächer der Lehrkräfte, des mit den Lehrerverbänden geplanten Stufenplans zur Entlastung der Lehrkräfte und mindestens des geplanten verpflichtenden Ganztagsangebots an Grundschulen den Fachlehrerbedarf für die nächsten 15 Jahre festlegt,
3. die Studienkapazitäten an den niedersächsischen Hochschulen und die Plätze im Vorbereitungsdienst an den Studienseminaren diesem Bedarf anzupassen,
4. die Bedarfsanalyse jährlich fortzuschreiben und zu veröffentlichen,
5. den Ganztagsbetrieb mit außerschulischen Partnern weiterzuentwickeln und für die Kapitalisierung eingesparter Lehrerstunden ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Eine Anfrage der FDP-Fraktion im Landtag ergab, dass die Unterrichtsversorgung auf historischem Tiefstand von nur 97,4 % ist. Seit 20 Jahren war die Ausstattung der Schulen im Land mit Lehrkräften nie schlechter. Die Fehlstunden sind im Vergleich zum Vorjahr um 22 243,5 UStd./Woche gestiegen. Insgesamt fehlen pro Woche 35 275,9 Stunden - ohne Krankheitsausfall, Fort- und Weiterbildungen, Elternzeit, Mutterschutz oder eine Pandemie bedingte Ausfälle. 1 428 von 2 546 Schulen haben eine Unterrichtsversorgung von unter 100 %. An diesen Schulen fehlen schon ohne Distanzunterricht, Schulschließungen und Wechselunterricht über 97 500 Stunden pro Woche.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 16.02.2022)